

SOLI
KRIS

Juli 2019

Policy Brief #2

Kathrin Busch, Roula Nezi, Paula Schäfer

Kulturelle und sozioökonomische Ängste
gegenüber Zugewanderten in Deutschland.

Ein Vergleich der Entwicklung in Ost- und Westdeutschland und zwischen den Generationen (1996-2016).

In den letzten Jahren rückte in Deutschland das Thema Migration und Flüchtlinge (wieder) stärker in den Fokus. Dies zeigt sich beispielsweise in den Protesten gegen oder für die Aufnahme Geflüchteter. Durch das Aufkommen der Protestbewegung „Pegida“ und später durch den Einzug der Partei Alternative für Deutschland (AfD) in mehrere Landtage und in den Bundestag 2017 konnte zudem der Eindruck entstehen, dass fremdenfeindliche Einstellungen in Deutschland zugenommen hätten, insbesondere in Ostdeutschland.

Ergebnisse (1996-2016):

- *Zeitvergleich: Die Verbreitung mancher Ängste ist zurückgegangen, z.B. die Angst, den Job an Zugewanderte zu verlieren.*
- *Generationenvergleich: Abwertende Einstellungen gegenüber Zugewanderten nehmen von der ältesten zur jüngsten Generation ab.*
- *Ost-Westvergleich: Weiterhin häufig, in Ostdeutschland zunehmend ist das Missgönnen von Sozialleistungen für Zugewanderte (Wohlfahrtschauvinismus). Hier haben sich Ost- Westunterschiede verstärkt.*

Der gesellschaftliche Diskurs, die Häufung fremdenfeindlich motivierter Gewalttaten und die politische Situation heute erinnern an die frühen 90er Jahre¹. Auch damals gab es eine Phase scharfer politischer Debatten über die Aufnahme Geflüchteter, eine Vielzahl schwerer Anschläge auf Asylbewerberheime und den Einzug von fremdenfeindlichen Parteien in zwei Landtage. Es stellt sich daher die Frage, ob Fremdenfeindlichkeit in Deutschland tatsächlich wieder zugenommen hat und welche Motive dahinter stehen. Bereits in den 90er Jahren hat die sozialwissenschaftlichen Forschung Einstellungen der Bevölkerung zu dem Thema in repräsentativen Umfragen erhoben (vgl. Bergmann/Erb 1998), die später wiederholt wurden und heute für einen zeitlichen Vergleich nützlich sind. Im Folgenden wird der Fokus auf angstbesetzte, abwertende Einstellungen gegenüber Zugewanderten gelegt. Es zeigt sich, dass diese Haltungen zum Teil sehr unterschiedlich stark verbreitet sind – sowohl im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland, als auch zwischen den Generationen. Die Untersuchung stützt sich auf Befragungsdaten der Allgemeinen Deutschen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS).

Sozioökonomische Bedrohung, kulturelle Entfremdung

Um einen Überblick über die Einstellungen gegenüber Zugewanderten zu erhalten, haben wir über drei Zeitpunkte wiederholte Einstellungsfragen des ALLBUS zu zwei Dimensionen zusammengefasst, zum „Gefühl der sozioökonomischen Bedrohung und Ablehnung“ von Zugewanderten und zum „Gefühl der kulturellen Entfremdung und Angst vor Kriminalität“. Die Dimensionen bestehen jeweils aus drei Aussagen (s. Kasten).

Gefühl der sozioökonomischen Bedrohung:

- „Die in Deutschland lebenden Ausländer sind eine Belastung für das soziale Netz.“
- „Sie nehmen den Deutschen Arbeitsplätze weg“
- „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten den gleichen Anspruch auf Sozialleistungen haben wie die Deutschen“

Gefühl der kulturellen Entfremdung und eines Anstiegs der Kriminalität:

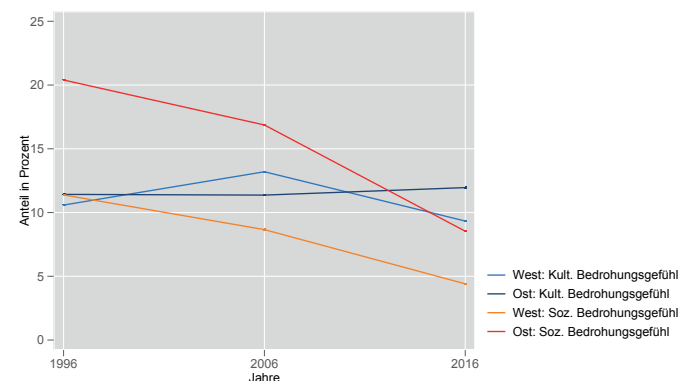
- „Durch die vielen Ausländer in Deutschland fühlt man sich zunehmend als Fremder im eigenen Land“
- „Sie begehen häufiger Straftaten als die Deutschen“
- „Sie sind eine Bereicherung für die Kultur in Deutschland“

Die Zustimmung der Befragten zu jeweils allen drei Aussagen einer Dimension ermöglicht die Bewertung, ob es sich um eine manifeste, also eindeutig vorhandene Einstellung handelt. Anschließend werden auch noch die Teilfragen im Ost-West-Vergleich und über die Generationen hinweg betrachtet.

Unterschiede in Ost- und Westdeutschland

Die Verbreitung der manifesten sozioökonomischen und kulturellen Bedrohungsgefühle in Ost- und Westdeutschland sind in Abb. 1 dargestellt. Auffällig sind deutliche Unterschiede in der zeitlichen Entwicklung der Bedrohungsgefühle. Während der Anteil von Personen mit einem sozioökonomischen Gefühl der Bedrohung um etwa 50 Prozent rückläufig ist, bleibt die Verbreitung der empfundenen kulturellen Entfremdung dagegen zeitlich relativ stabil.

Abb. 1: Manifeste sozioökonomische sowie kulturelle Bedrohungsgefühle (1996-2016)



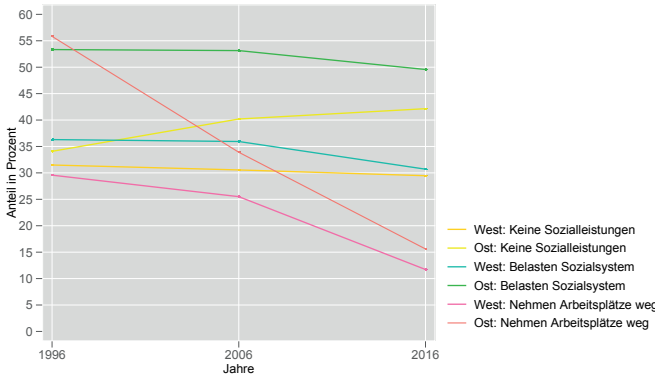
Ein genauerer Blick auf die Teilfragen ergibt ein differenzierteres Bild (s. Abb. 2). Bei der Aussage, Ausländer nähmen Deutschen die Arbeitsplätze weg, fällt ein starker Rückgang der Zustimmung auf, insbesondere in Ostdeutschland. Befürworteten 1996 dort noch mehr als die Hälfte der Befragten die Aussage, sind dies 2016 nur noch etwa 16 Prozent. In Westdeutschland sinkt die Zustimmung von etwa 30 auf rund 12 Prozent. Die Arbeitslosenquote sank im gleichen Zeitraum von 10,4 Prozent auf 6,1 Prozent²; ein Zusammenhang ist denkbar. Die Zustimmung zur Einschätzung, Zugewanderte belasteten den Sozialstaat, weist dagegen nur einen marginalen Rückgang auf. 2016 ist der Anteil in Ostdeutschland bei 50 Prozent und damit etwa anderthalb mal so groß wie in Westdeutschland. Auffällig ist auch der auf 42 Prozent gestiegene Anteil ostdeutscher Befragter, die fordern, Zugewanderten keine Sozialleistungen zu gewähren. In Westdeutschland bleibt die Verbreitung dieser Haltung stabil bei ca. 30 Prozent. Zusammenfassend lässt sich schließen, dass bei sinkender Angst vor dem Jobverlust vor allem die Missgunst gegenüber Zugewanderten bezüglich

1 Einen Rückblick zur Nachrichtenlage in den 90ern bietet ein Artikel beim Bayerischen Rundfunk (Grimmer 2015), <https://www.br.de/nachricht-fluechtlinge-rueckblick-kosovo-balkan-100.html>, (4.7.2019).

2 Siehe Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit, <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/Aktuell/iiii4/alo-zeitreihe-dwo/alo-zeitreihe-dwo-b-0-xlsx.xlsx> (4.7.2019).

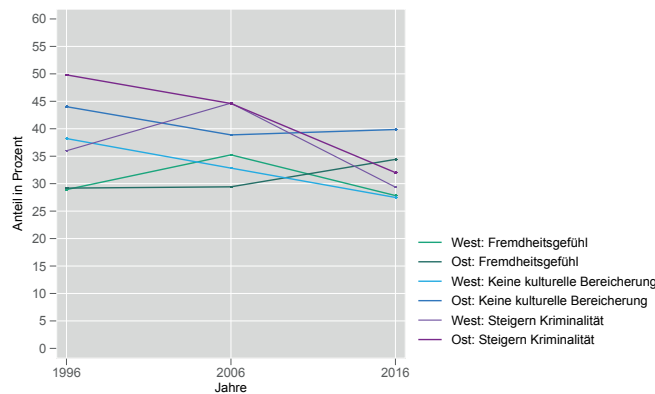
Sozialleistungen zugenommen hat. Die 2016 vorhandenen Ost-West-Unterschiede im Gefühl der manifesten sozioökonomischen Bedrohung sind vor allem durch diese Art des „Wohlfahrtschauvinismus“ bestimmt.

Abb. 2: Sozioökonomische Ängste und Wohlfahrtschauvinismus (1996-2016)



Betrachtet man die einzelnen Fragen zum kulturellen Entfremdungsgefühl, findet man insbesondere 1996 noch starke Niveauunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die bis 2016 teilweise abflachen (s. Abb. 3).

Abb. 3: Gefühle kultureller Entfremdung (1996-2016)



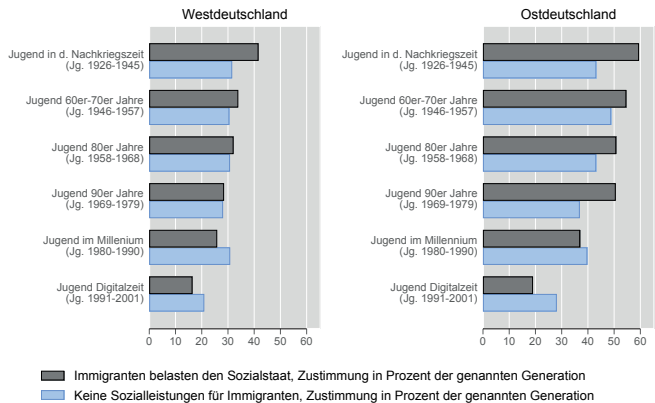
Insgesamt stimmten die Befragten am meisten der Aussage zu, Zugewanderte steigerten die Kriminalität in Deutschland. In Ostdeutschland dachten das 1996 fast 50 Prozent der Befragten, im Westen rund 36 Prozent. Bis 2016 sank der Anteil auf rund 32 Prozent (Ost) bzw. auf rund 29 Prozent (West). Mit Ausnahme des im Osten wesentlich stärker verbreiteten Gefühls, Zugewanderte seien keine kulturelle Bereicherung, haben sich zum Jahr 2016 die Zustimmungswerte zu den Einzelfragen in Ost und West etwas angeglichen.

Generationenunterschiede

Eine besonders prägende Zeit für die Entwicklung von Einstellungen ist das Jugend- und junge Erwachsenenalter zwischen 15 und 27 Jahren (Grasso 2014). Daher ist der Vergleich zwischen den Generationen, die im geteilten Deutschland aufwuchsen und den „Nachwende-Generationen“ interessant. Es wird angenommen, dass Einstellungsunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den Nachwendegenerationen geringer ausfallen.

In Abbildung 4 werden die Generationenunterschiede der zwei weiterhin häufigen immigrationsfeindlichen sozioökonomischen Einstellungen exemplarisch für 2016 dargestellt. Deutlich wird, dass die Verbreitung der Befürchtungen über die Generationen eher rückläufig ist.

Abb. 4: Einstellungsunterschiede zwischen den Generationen, 2016.



Dieser Trend ist nur in Ostdeutschland bei den Generationen unterbrochen, die in den 80er oder 90er-Jahren Jugendliche bzw. junge Erwachsene waren. So stimmten auch noch 50 Prozent der Generation, die in den 90er Jahren ihre Jugend erlebte, der Aussage zu, Immigranten belasteten den Sozialstaat. Eine weitere Auffälligkeit ist, dass sich der Unterschied in der Verbreitung der Einstellungen zwischen ost- und westdeutschen Befragten über die Generationen verringert³. Dies zeigt sich besonders bei den jüngsten beiden Generationen, die nach der Wende aufgewachsen sind. Gleichzeitig zeigt sich, dass in diesen beiden Generationen in Ost- und Westdeutschland die Einstellung, dass Zugewanderte keine Sozialleistungen erhalten sollten, häufiger vertreten wird als die Meinung, dass diese das Sozialsystem tatsächlich belasteten. In den Vorgenerationen ist das Verhältnis umgekehrt.

Wissenschaftliche Schlussfolgerungen und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich eine Abnahme der Verbreitung manifester Ängste von 1996-2016 feststellen. Gleichzeitig sind in Ostdeutschland einzelne negative Einstellungen gegenüber Zugewanderten weiter verbreitet. Dies betrifft insbesondere die Meinung, Zugewanderte belasteten das Sozialsystem sowie den höheren Anteil an Personen, die Zugewanderten Sozialleistungsbezug absprechen. Aber auch in Westdeutschland ist 2016 der Wohlfahrtschauvinismus noch relativ weit verbreitet.

Eine weiterführende Frage, die sich aus der Betrachtung der Ost-West-Unterschiede ergibt, ist, ob sich diese mit den unterschiedlichen Erfahrungen, die die Menschen

³ Dies zeigte sich auch für die anderen Zeitpunkte und Fragen sehr ähnlich. Aus Platzgründen werden hier nur die zwei Einstellungsfragen betrachtet.

in Ost- und Westdeutschland gemacht haben, erklären lassen. Einerseits deutet die Abnahme der Einstellungsunterschiede über die Generationen auf einen kontinuierlichen Wandel hin. Andererseits sind sich die Befragten der Generationen, die die unterschiedlichen politischen Systeme bzw. die Zeit der Umbrüche nicht selbst erlebt haben, in ihren Einstellungen noch einmal ähnlicher als die vorherigen Generationen.

Implikationen für Politik und Gesellschaft

Trotzdem die überwiegende Mehrheit der Befragten 2016 keine negativen Einstellungen gegenüber Zugewanderten vertritt, kann dies keine generelle Entwarnung für die Verbreitung von Fremdenfeindlichkeit sein. Auch nach den rückläufigen Trends ist der Anteil derjenigen, die auch 2016 noch starke Befürchtungen hegten, weiterhin groß. Dass über 30 Prozent der Befragten Zugewanderten Sozialleistungen absprechen und wohlfahrtschauvinistische Einstellungen gerade in Ostdeutschland in den letzten Jahren noch zugenommen haben, ist Besorgnis erregend und bestätigt einen Befund der „Mitte-Studie“, dass auch heute noch viele Menschen in Deutschland nicht allen die gleichen Rechte zugestehen. (vgl. Schröter, FES 2019).

Auf Ängste vieler, etwa vor Kriminalität oder einer stärkeren Belastung der Sozialsysteme durch Zugewanderte, sollte seitens der Politik eingegangen werden, um Wähler mit diesen Ängsten nicht der politischen Rechten zu überlassen. Dazu ist es notwendig, stereotypen Vorstellungen mit Fakten zu begegnen und politische Maßnahmen vorzunehmen, die zur eigenen Politik passen. Ob Zugewanderte und Flüchtlinge die Sozialsysteme belasten oder stärker zum Wirtschaftswachstum beitragen ist langfristig von ihrer Integration in den Arbeitsmarkt abhängig (Aiyar et al. 2016). Wie in vielen politischen Fragen wäre eine positive, zukunftsgerichtete Politik und deren überzeugende Vermittlung eine sinnvolle Antwort auf zum Teil übertriebene Befürchtungen.

Um das Vertrauen von Menschen in die Politik zurück zu gewinnen, die sich aufgrund von Ängsten oder aus Protest von den etablierten Parteien abwenden, wird es notwendig sein, die wirklich politisch drängenden Themen glaubwürdig anzugehen und die Bürgerschaft besser in Diskussionsprozesse einzubinden. Dies ist vor allem wichtig im Hinblick auf die mittleren bis jüngeren Wählergenerationen, die weniger parteigebunden sind, eine höhere Wechselwahlbereitschaft aufweisen (Dassonneville et al 2012), oder sich nicht von den etablierten Parteien repräsentiert fühlen. Handlungsbedarf sehen wir daher auch darin, Wege zu finden, gerade diese in ihren Anliegen ernst zu nehmen und partizipatorisch einzubinden.

Zu diesem Projekt bisher erschienen:

Reinl, Ann-Kathrin und Nora Huth (2018): Politisches Vertrauen in Deutschland und Europa in Zeiten europaweiter Krisen, Policy Brief 1, Solikris/Gesis, Köln.

Literaturangaben

- Aiyar Shekhar et al. (2016): The Refugee Surge in Europe: Economic Challenges. IMFSTAFF Discussion Note, SDN/16/02
- Bergmann, Werner und Erb, Rainer (1998): Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Deutschland Ergebnisse der Einstellungsforschung Mitte der 90er Jahre. In: Gessenharter W. und Fröchling H. (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Dassonneville, Ruth; Hooghe, Marc and Vanhoutte, Bram (2012): Age, Period and Cohort Effects in the Decline of Party Identification in Germany: An Analysis of a Two Decade Panel Study in Germany (1992-2009), German Politics, 21:2, 209-227.
- Grasso, Maria T. (2014): Age, period and cohort analysis in a comparative context: Political generations and political participation repertoires in Western Europe. Electoral Studies 33, 63-76.
- Grimmer, Claudia (2015): Die 90er in Deutschland. Da war doch was? Bayrischer Rundfunk, 11.09.2015; <https://www.br.de/nachricht/fluechtlinge-rueckblick-kosovo-balkan-100.html> (4.7.2019).
- Schröter, Franziska; Friedrich Ebert Stiftung (Hrsg.) (2019): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Dietz, Bonn.

Das Forschungsprojekt Solikris

Das durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt **Veränderung durch Krisen? Solidarität und Entsolidarisierung in Deutschland und Europa**, kurz Solikris, erforscht die Entwicklung gesellschaftlicher Prozesse in Zeiten europaweiter Krisen. Ziel ist es, sowohl die Auswirkungen von Krisen auf Solidarität besser zu verstehen als auch den Fokus auf eben jene Aspekte zu legen, welche die größten Probleme oder Herausforderungen für etablierte Demokratien bedeuten. Solikris vereint mehr als ein Dutzend Sozialwissenschaftler/innen von GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

Gefördert durch:

7 - 01.12.2020



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Impressum & Kontakt

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Unter Sachsenhausen 6-8
50667 Köln
info@gesis.org
www.gesis.org/solikris